



Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr habt sicher die Berichterstattung zu den Besuchen von Kurt Beck in verschiedenen Berliner Einrichtungen am Donnerstag, den 10.4.08 verfolgt. Bei allen Stationen dieser Tagestour, die unter dem bundesweiten Motto „Nah bei den Menschen“ steht, habe ich unseren Parteivorsitzenden Kurt Beck begleitet. Um 10:30 Uhr startete die Tour zusammen mit Michael Müller, Klaus Wowereit und Jürgen Zöllner in den Ausbildungsbereichen Holz- und Elektrotechnik, Hauswirtschaft und Friseurhandwerk der Berufsvorbereitungs- und Ausbildungsgesellschaft (bbw) in der Geneststraße 5-6, Schöneberg. Angesichts der demografischen Entwicklung aber auch der zunehmenden Notwendigkeit, mehr Alltags- und Verbraucher/innenkompetenz zu stärken, liegen selbstverständlich auch im Bereich der Hauswirtschaft arbeitsmarktpolitische Chancen. Im bbw werden mehr als 2000 Jugendliche in 22 Ausbildungsbereichen ausgebildet. Der Besuch hier war mehr als nur ein kurzes Durchrauschen durch die Hallen und die Möglichkeit, Bilder für die zahlreich anwesenden Medienvertreter/innen zu erzeugen. Es tat gut, mitzuerleben, dass die SPD bei den Jugendlichen wirklich gut angekommen ist. Sowohl die Jugendlichen als auch die Vertreter des bbw haben die Chance zu einem intensiven Dialog genutzt.

Das Evangelische Geriatriezentrum Berlin (EGZB) in Reinickendorf war die zweite Anlaufstelle. Lebendig, sachkundig und wie üblich immer im Interesse der älteren Menschen referierte Frau Prof. Dr. Elisabeth Steinhagen-Thiessen, die mir aufgrund meiner früheren Tätigkeit in der Charité sehr gut bekannt ist, über aktuelle Herausforderungen im geriatrischen Bereich der Lehre, Forschung und Therapie. Beim Rundgang durch dieses Krankenhaus mit seiner voll- und teilstationärer Versorgung, mit seiner Tagesklinik, habe ich auch eine Mariendorferin getroffen, die dort ambulant zur Schlaganfall-Rehabilitation ist. Es ist sehr wirklich ermutigend zu sehen, wie viele Therapiemöglichkeiten heute bei vielen Erkrankungen, die schwerpunktmäßig im Alter auftreten, gegeben sind,.

Der Veranstaltungsraum der "Kiezspinne FAS", einem nachbarschaftlichen Interessenverbund in Lichtenberg, war mit rund 300 Teilnehmenden propenvoll. Sehr rege wurde die Möglichkeit genutzt, Kurt Beck zu befragen oder auch einfach mal an „höchster Stelle“ die subjektiven Erwartungen oder auch Ärgernisse abzuladen. Der anschließende Empfang - übrigens mit ganz hervorragendem selbstgebackenen Kuchen - bot dann noch viele Möglichkeiten zum politischem Dialog.

□□ Informationen aus Tempelhof-Schöneberg

Am 02. April fand der bundesweite Aktionstag der AG 60 plus unter dem Motto „**Demokratie und Toleranz - Jung und Alt gemeinsam gegen rechts**“ statt. Mich hat dieser Aktionstag dieses Jahr sehr berührt, weil ich noch Ostersonntag darüber mit Lilo Strachmann, der Landesvorsitzenden der AG 60 plus telefonierte hatte. Sie konnte an dieser Aktion nicht mehr teilnehmen.

Ingrid Kühnemann hatte mich am 03.04. bei der Verleihung der Verdienstmedaillen für herausragendes ehrenamtliches Engagement im Bezirk darauf aufmerksam gemacht, dass es massive Probleme bei der Realisierung des „**Zug der Erinnerung**“ hier in Berlin gäbe. Nach einer Rücksprache mit den Berliner Organisatoren war ich doch sehr erbost, da wir sozialdemokratischen MdB's über den „Zug der Erinnerung“ bereits im Januar ausgiebig mit der Deutschen Bahn debattiert haben. Hinter den Kulissen habe ich mich bei Herrn Wiesheu, Vorstand der DB AG, dafür eingesetzt und auch meine Fraktionsspitze erfolgreich gedrängt, sich hier erneut aktiv einzumischen. Die positiven Regelungen als auch die sehr hohe BesucherInnenquote an den verschiedenen Haltestellen sind für mich ermutigende Zeichen unserer Demokratie gegen Antisemitismus und Fa-

schismus. Ich danke unserer BVV und dem Bezirksamt für die politische und auch finanzielle Unterstützung des „Zug der Erinnerung“ hier in Berlin.

Am 04.04. wurde in Kooperation mit Ursula Hasecke, Frauenbeauftragte des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg, dem Deutschen Frauenrat und den Staatsbürgerinnen im Rathaus Schöneberg der brisanten politischen Herausforderung „**Wie finanziere ich Gleichstellung**“ nachgegangen. Berichtet wurde über die Ergebnisse der 52. UN-Weltfrauenkommission in New York. Zusammen mit dem Deutschen Frauenrat und dem LandesFrauenRat Berlin e.V. wurde Forderung nach aktiver Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting auf allen politischen Ebenen bekräftigt. Weitere Aktionen hierzu werden noch vereinbart.

Frauen aktivieren sich für den Klimaschutz - so lautet die Quintessenz sowohl des Frühjahrsforums der Frauenbrücke Ost-West e.V. (28.-30. März im Rathaus Schöneberg) als auch aus dem Bundesausschuss des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. am 05.04. heraus, der ebenfalls in Berlin tagte. Bei beiden Tagungen habe ich referiert. Sehr ermutigend ist, dass es den Veranstalterinnen als auch Teilnehmerinnen gelungen ist, notwendige Veränderungen nicht nur hinsichtlich wichtiger politischer Forderungen zu stärken sondern diese auch mit Herausforderungen des Alltagsleben zu verbinden.

In dieser Woche ratifiziert der Deutsche Bundestag den Vertrag von Lissabon. „**Für ein soziales, demokratisches und sicheres Europa: Der Vertrag von Lissabon**“ war die Kernbotschaft der gemeinsamen Informationsveranstaltung des Kreisvorstands der SPD Tempelhof-Schöneberg und mir am 07.04. zusammen mit Dr. Angelica Schwall-Düren, stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und hier verantwortlich für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Überzeugend wurde dargelegt, dass der EU-Reformvertrag zur Stärkung der Kompetenzen und Rechte des Europäischen Parlaments beiträgt und sowohl das Friedensprojekt Europa als auch die soziale Marktwirtschaft in ganz Europa stabilisiert. Durch Neuerungen im Bereich der Außenpolitik wird die EU in die Lage versetzt, europäische Interessen auf internationaler Ebene sichtbarer und mit größerem Nachdruck einzubringen. Mich hat sehr gefreut, dass es gelang, mit diesem Thema auch Genoss/innen anzusprechen, die ansonsten nicht regelmäßig an Kreissitzungen teilnehmen.

Am 15.04. wurde erstmals in Deutschland der **Equal-Pay-Day** veranstaltet. Die Aktion für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern - Frauen erhalten für gleichwertige Arbeit nach wie vor im Durchschnitt noch 22% weniger Gehalt - wurde in kürzester Zeit von den Business and Professional Women Germany e. V. erfolgreich ins Leben gerufen. 103 BerlinerInnen trafen sich um 19 Uhr im Roten Rathaus zur zentralen Veranstaltung mit ihren roten Taschen. Diese sind das Protestzeichen gegen die Ungleichheit zwischen den Frauen- und Männergehältern. Sie symbolisieren die roten Zahlen in den Portemonnaies der Frauen. Zusammen mit Vera Gäde-Butzlaff, Vorstandsvorsitzende BSR, und Prof. Friederike Maier, Direktorin des Harriet-Taylor-Mill-Instituts FHW Berlin, und der Fernsehmoderatorin Britta Elm habe ich auf dem Podium Profil gezeigt: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen gleiches Geld für gleichwertige Arbeit - übrigens schon eine traditionelle Forderung der ASF. Insbesondere für die vielen Menschen - zumeist Frauen - im Niedriglohnbereich ist der Mindestlohn daher nicht nur ein drängendes Gebot der Ökonomie sondern auch der Geschlechtergerechtigkeit.

Der Fachtag der Lebenshilfe Berlin am 16.04. hat Impulse zum Thema „**Wohnen mit Au(f)sicht**“ gebracht. Vorgestellt wurden zahlreiche Konzepte, die es allen Menschen ermöglichen sollen, mit-tendrin in der Gesellschaft und nicht draußen vor zu wohnen, zu leben. Teilhabe ist die gesellschaftliche und politische Forderung auch für Menschen mit hohen Assistenzbedarfen.

■ Eine Auswahl anstehender Termine / Veranstaltungen in der kommenden Woche

21.04.08 14.30 Uhr *Gespräch mit Frau Wagner, Leiterin des JobCenters Tempelhof-Schöneberg*

Am Montag den 21.04.2008 bin ich gemeinsam mit Andrea Nahles und einigen ReferentInnen der AG Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, Burgunde Grosse, Angelika Schöttler und dem Vertreter einer Servicegesellschaft im JobCenter Tempelhof-Schöneberg verabredet. Dieser Termin findet auf meine Initiative statt, da es mir sehr wichtig ist, dass auch die großstädtischen Herausforderungen allgemein und speziell unsere Herausforderungen bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in einem Ballungsraum wie Berlin in die noch laufenden parlamentarischen Beratungen einfließen. Vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das eine Trennung der Arbeit der Kommune von

der der Arbeitsagentur in den ARGEn vorsieht, ist eine größere Umstrukturierung bzw. Neuordnung notwendig geworden. Unserer Fraktion ist es wichtig, dass auch künftig die Bürgerinnen und Bürger Angebote und Hilfen „aus einer Hand“ erhalten. Das sich noch in der Erarbeitung befindliche Modell des kooperativen JobCenters beinhaltet aus Berliner Sicht noch zahlreiche Fragestellungen, die wir mit den vor Ort Agierenden erörtern werden.

- 23.04.08 *„Übergabe des Baums des Jahres“, den ich in der Gartenarbeitsschule in unserem Bezirk pflanzen werde*
- 24.04.08 *Wie auch in den letzten Jahren, werden Mädchen aus Tempelhof-Schöneberg im Rahmen des Girls Days die Arbeit in meinem Bundestagsbüro kennen lernen.*
- 25.04.08 *Ganztägige Bundespressefahrt mit Genossinnen und Genossen aus unserem Kreis*
- 27.04.08 *NEIN! Zum Flugbetrieb in Tempelhof!
Es ist zwingend notwendig, tatsächlich auch aktiv am Volksentscheid teilzunehmen und alle Freundinnen und Freunde, Nachbarinnen und Nachbarn, die Familie hierzu aufzurufen! In einigen Stimmbezirken werden Flyer von mir verteilt, die dazu aufrufen: NEIN! Zum Flugbetrieb in Tempelhof!*

VORANKÜNDIGUNG

- 30.05.08 *Besuch gemeinsam mit Franz Müntefering in der Kindertagesstätte Steinmetzstr. 1*
Ich freue mich sehr, dass ich Franz als Mitglied der SPD-Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend gewinnen konnte, sich diese Kita, die dezidiert dafür Sorge tragen will, dass die Bildungschancen aller Kinder unabhängig von der sozialen Herkunft realisiert werden, zu besuchen. Diese in einem Quartiersmanagement angesiedelte Kita mit hohem Migrantenanteil arbeitet nach einem ganzheitlichen Ansatz: Hier werden Kinder individuell gefördert und gleichermaßen Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt. Im Sinne eines Familienzentrums versteht sich die Kita Steinmetzstr. als Türöffner zum gesamten Kiez. Die Betreuungseinrichtung in Trägerschaft von I.N.A. Kindergarten orientiert sich am Modell der so genannten early excellence center in Großbritannien. Das sind Kindertagesstätten, die Gesundheitsvorsorge, Elternschulung für Erziehung und gesellschaftliche Integration zusammenführen.

▣▣ Informationen aus dem Bundestag

▣ Gesetzliche und andere Neuregelungen

In erster Lesung wurde in der vergangenen Sitzungswoche eine **Anpassung der Renten** zum 1. Juli 2008 beschlossen. Nach 0,54 % im letzten Jahr sollen die Renten nun um 1,1 % angehoben werden. Dafür wird die sog. Riester-Treppe für zwei Jahre ausgesetzt. (vgl. weitere Erläuterungen in der Berliner Stimme). Das die Rentensteigerung nicht höher ausfällt, liegt an den mageren Lohnabschlüssen des letzten Jahres.

In erster Lesung wurde ein Gesetz zur **Verbesserung der Ausbildungschancen** beraten, mit dem wir 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze bis zum Jahr 2010 schaffen wollen. Dazu wird befristet ein Ausbildungsbonus in Höhe von 4.000 - 6.000 Euro eingeführt. Die Höhe variiert gemäß der für das erste Ausbildungsjahr tariflich vereinbarten bzw. ortsüblichen Ausbildungsvergütung. So wollen wir Arbeitgeber gewinnen, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für junge Menschen, die bereits seit längerem einen Ausbildungsplatz suchen, bereitzustellen.

Am Freitag, dem 11. April 2008, verabschiedete der Bundestag in namentlicher Abstimmung ein geändertes **Stammzellgesetz** (vgl. meine persönliche Erklärung auf www.mechthild-rawert.de). Künftig dürfen Wissenschaftler/innen in Deutschland mit embryonalen Stammzellen forschen, die vor dem 1. Mai 2007 entstanden sind. Außerdem erhalten Wissenschaftler/innen Rechtssicherheit, indem das Gesetz sich in seiner Anwendung nur auf Deutschland beschränkt. D.h. Wissenschaftler/innen machen sich künftig nicht mehr strafbar, wenn sie im Ausland mit Zelllinien arbeiten, die nach unserem gesetzlichen Stichtag gewonnen worden sind.

In erster Lesung wurde die Änderung des **Conterganstiftungsgesetzes** beraten. Gegenwärtig betreut die „Conterganstiftung für behinderte Menschen“ knapp 2.700 contergangeschädigte Personen. Diese erhielten bislang eine einmalige Kapitalentschädigung oder monatliche Entschädigungsrenten zwischen 121 € und 545 €. Die Contergangeschädigten sind mittlerweile im mittleren

Lebensalter von ca. fünfzig Jahren. Jahrelange Fehlbelastungen von Wirbelsäule, Skelett und Muskulatur hat zu Spät- und Folgeschäden geführt. Diese schränken die Erwerbstätigkeit ein und machen zusätzliche Hilfen erforderlich. Unter Wahrung der mit dem Stiftungsgesetz übernommenen Verantwortung sollen daher die Entschädigungsrenten verdoppelt werden.

Beschlossen hat der Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktion für eine „erfolgreiche **Überprüfungskonferenz des Chemiewaffenübereinkommens und eine Stärkung des Vertragsregimes**“. Das Chemiewaffenübereinkommen regelt die Vernichtung aller chemischen Waffen unter internationaler Aufsicht. Die Koalitionsfraktionen setzen sich dafür ein, dass das Übereinkommen nicht durch die Entwicklung neuer Substanzen oder durch Überschreiten der Fristen für die Beseitigung der C-Waffen unterminiert wird.

Auf einstimmigen Beschluss des Haushaltsausschusses vom 9.4. hin, soll die Bundesregierung eine verbindliche Verwaltungsvorschrift über die Mitarbeit von **Beschäftigten aus Verbänden und Unternehmen** in obersten Bundesbehörden erlassen. Weiter forderte der Ausschuss dazu auf, klare Grenzen für den Einsatz Externer zu ziehen. Einsätze, aus denen heraus Interessenkonflikte sowie materielle und fachliche Abhängigkeiten entstehen könnten, sollen ausgeschlossen sein.

▣ ... und weitere Aktivitäten

Am 11.04. hatte ich zusammen mit Dr. Konrad Schily (FDP) ein **Streitgespräch im Parlamentsfernsehen** zum Thema "**Zwei-Klassen-Medizin?**" Die Sendung kann im Parlamentsfernsehen im Internet nachgeschaut werden: <http://www.bundestag.de/aktuell/tv/live300.html>.

Als Berichterstatlerin „Frauengesundheit“ im Ausschuss für Gesundheit habe ich am zweitägigen Seminar „**Gleich behandelt?! Gesundheitspolitik aus Frauensicht**“ der Evangelischen Akademie Bad Boll als Referentin teilgenommen. Teilnehmerinnen waren Frauen, die beruflich mit Gesundheitsfragen/Gesundheitspolitik befasst sind, Frauen, die besonders stark mit den Auswirkungen der Gesundheitspolitik wie z.B. Frauen mit Behinderungen konfrontiert sind bzw. in politischen Organisationen und Netzwerken Agierende. Sehr beeindruckend ist das starke Selbstbewusstsein von Frauen, die mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen leben, sich aber deswegen weder beruflich noch mobilitätsmäßig einschränken lassen wollen.

▣▣ Aus dem Ausschuss für Gesundheit

Die Einführung von **Pflegestützpunkten**, die künftig als nur eine Anlaufstelle für Hilfsbedürftige und Angehörige die Unterstützung zur häuslichen Pflege koordinieren, schreitet voran. Inzwischen haben acht von 16 Pilotprojekten einen Zuwendungsbescheid bekommen und ihre Arbeit begonnen. Vorgesehen ist eine Anschubfinanzierung von jeweils 30.000 €. Sobald die acht weiteren Pilotpflegestützpunkte, darunter einer in Berlin, ihren Zuwendungsbescheid erhalten haben, werden auch diese ihre Arbeit aufnehmen. Die Auswahl der Pflegestützpunkte ist in enger Abstimmung des Bundesministeriums für Gesundheit, dem jeweiligen Bundesland und den Kassen erfolgt.

▣▣ Team

Aus der Erziehungszeit ist Nathalie Sopacua ins Wahlkreisbüro wiedergekehrt. Im Wahlkreisbüro macht augenblicklich Babru Schiplack, ausgebildete Ärztin und Teilnehmerin des Master Study Program Health and Society: International Gender Studies Berlin an der Charité ein Praktikum.

▣▣ Kontakt

Wahlkreisbüro

Mechthild Rawert, MdB
Friedrich-Wilhelm-Straße 86
12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884
Fax: 030/720 13 994
eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

WEBSITE: www.mechthild-rawert.de